

## Erscheint jede Woche

Samstags / Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk., durch die Post ins Haus gebracht 1.32 Mk. / Mitglieder des Gewerbevereins für Nassau erhalten das Blatt kostenlos / Alle Postgebühren nehmen Bestellungen entgegen

## Mitteilungen für den Gewerbeverein für Nassau

Verkundigungs-Organ der handwerkskammer Wiesbaden

## Die Anzeigengebühr

beträgt für die sechs Spalten, Zeilen 35 Pfg.; kleine Anzeigen für Mitglieder 30 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt für die Mitglieder des Gewerbevereins für Nassau werden 10 Prozent Sonder-Rabatt gewährt

## herausgegeben

vom Zentralvorstand des Gewerbevereins für Nassau

Wiesbaden, 12. Januar

## Anzeigen-Aannahmestelle:

Hermann Rauch, Wiesbaden, Friedrichstr. 30, Telefon 636

Inhalt: Ehrentafel — Bekanntmachung des Zentralvorstandes — Gewerbliches Unterrichtswesen — Zur Berufswahl — Zur Uebergangswirtschaft — Lehrlingsfrage und Hilfsdienstgesetz — Spart Papier im Interesse des Vaterlandes — Neue Kriegsverordnungen — Kurze Mitteilungen — Aus der Lokalvereine — Aus dem Verkehrskreis — Bücherbesprechungen — Handwerkskammer Wiesbaden.



## Ehrentafel

### Das Eisene Kreuz II. Klasse erhielten:

- Pionier Hermann Korbach, Sohn des Mitgliedes und Gründers des Lokalgewerbevereins in Neuenhain, Schlossermeister Peter Korbach.  
Zeichenlehrer Jos. Wilh. Müller in Schwanheim, der jetzt auch zum Unteroffizier befördert wurde.  
Hugo Heep, Sohn des Schriftführers Lehrer Heep, Eschhofen.  
Meistermeister Johann Weber, Mitglied des Lokalvereins Eschhofen.  
Heinrich Fischer, Sohn des Mitgliedes H. Fischer, Höchst a. M.  
Georg Braun, Sohn des Mitgliedes Baunternehmer J. Braun, Bad Homburg.

## Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Der Regierungspräsident.

Pr. I. 21. A. 4.

Wiesbaden, den 7. Januar 1918.

Durch Erlass des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 3. Januar 1918 — IV. 7029 — ist der im Erlass vom 24. November 1917 — IV. 6408 — Ministerialblatt der Handels- und Gewerbeverwaltung, Seite 365 — auf den 21. 12. 1917 festgesetzte Zeitpunkt für die Vorlage von Meldungen zur Aufnahmeprüfung in den Seminarkursus zur Ausbildung von Gewerbelehrern auf den 25. Januar d. J. verschoben worden. Bis zu diesem Zeitpunkt nehme ich also noch Meldungen entgegen. (Siehe meine Verfügung vom 16. 12. 1917. — Pr. I. 21 A. 5287.)

In Vertretung:  
v. Gizdli.

Wird hiermit veröffentlicht.

Wiesbaden, den 9. Januar 1918.

Der Zentralvorstand  
des Gewerbevereins für Nassau.

## Gewerbliches Unterrichtswesen.

Herrn Lehrer Heep in Eschhofen wurde das Verdienstkreuz für Kriegshilfe verliehen.

## Zur Berufswahl.

(Nachdr. verb.)

Es naht wiederum die Zeit heran, wo sich eine große Schar junger Menschen zur Wahl eines Berufes zu entscheiden hat. Wie wichtig die Berufswahl ist für den Einzelnen, um im Leben vorwärts zu kommen und sich in seiner Berufstätigkeit glücklich zu fühlen, soll hier nicht näher erörtert werden. Die Berufswahl ist aber für unser ganzes Wirtschaftsleben zu einer ungeheuren Wichtigkeit geworden und man hat endlich überall eingesehen, daß die Berufswahl nicht durch das Spiel des Zufalls und lediglich durch Angebot und Nachfrage entschieden werden darf, sondern daß sie den Bedürfnissen unseres Wirtschaftslebens entsprechend planmäßig beeinflusst werden muß. Dies geschieht durch die Berufsberatung, die heute schon, besonders in den Städten, planmäßig betrieben, aber noch nicht überall in der Weise gehandhabt wird, wie dies notwendig ist. Die Berufsberatung wird betrieben durch die Schulen für die in einen Beruf übertretenden Schüler und deren Eltern durch Behandlung der Berufswahl in der Schule, oder in Vortrags- oder Elternabenden, durch die öffentlichen Arbeitsämter und Arbeitsnachweiskstellen, sowie durch Berufsberatungsstellen, die von Verbänden und Vereinen eingerichtet werden. In erster Reihe ist es Aufgabe der Volksschule und ihrer Organe, die unter Zuziehung von Sachverständigen überall in der Lage ist, als Berufsberatungsstelle segensreich tätig zu sein. Möchte sie überall ihre Aufgabe in dieser Hinsicht richtig erfassen und gewissenhaft zur Durchführung bringen.

Diese Beilen sollen aber nicht der Berufswahl im allgemeinen, sondern im besonderen der für Handel und Industrie dienen. Hier liegen die Verhältnisse zur Zeit ganz besonders im Argen, denn durch die Einwirkung des bereits im vierten Jahre währenden Krieges hat der Zuwachs und die Ausbildung der Lehrlinge in Handwerk und Industrie ganz besonders gelitten. Im Handwerk wurde schon durch die Einziehung so vieler Handwerksmeister und Gesellen die Möglichkeit der Aufnahme und Ausbildung von Lehrlingen sehr stark vermindert. Aber auch den vorhandenen Meistern fällt es außerordentlich schwer, Lehrlinge zu bekommen, denn die in der Kriegsindustrie gebotenen außerordentlich hohen Verdienste verlocken sowohl die Eltern als auch die jungen Leute, als Handlanger oder Hilfsarbeiter in einem Fabrikbetriebe Arbeit zu nehmen, anstatt einen Beruf ordnungsmäßig zu erlernen. Die Zahl der ungelerten Arbeiter, die schon vor dem Kriege unverhältnismäßig groß war, ist im Kriege zu einer sehr bedenklichen Höhe angewachsen, während der Zugang zur Lehre in Handwerk und zu den eine Lehrzeit fordernden Berufen in den Fabrikbetrieben immer mehr zurückgeht.

Darin liegt eine doppelte Gefahr, und zwar einmal für die jungen ungelerten Arbeiter selbst und zweitens für unser gesamtes Wirtschaftsleben. Die Zahl der ungelerten Arbeiter ist so groß, daß deren Unterbringung später nicht immer leicht sein wird, und demgemäß wird auch das Fortkommen überaus erschwert

werden. Die Betätigung in diesen Berufen ist eine einseitige und dementsprechend auch die Ausbildung. Die Arbeit selbst kann besonders den geistig regsamsten Jungen auf die Dauer nicht befriedigen. Unzufriedenheit lehrt bei ihm ein und diese ist die Quelle vieler unliebsamer Erscheinungen. Die Entlohnung ist wohl für den jungen Arbeiter im Vergleich zur Entlohnung des Lehrlings eine unverhältnismäßig hohe, aber das Verhältnis ändert sich gar bald zu Gunsten des gelernten Arbeiters, der überdies noch die Möglichkeit hat, in bessere Stellen aufzurücken oder sich selbständig zu machen. Bei den heutigen Feuerungsverhältnissen und bei der Notlage in manchen Familien, denen der Krieg den Ernährer entzogen hat, ist es begreiflich, wenn die schulentlassenen Söhne sofort einer Beschäftigung zugeführt werden, die der Familie einen namhaften Verdienst bringt; aber man verliere die Zukunft des Jungen dabei nicht ganz aus dem Auge! Vielfach wird auch der Zugang zu den ungelerten Berufen in der Kriegszeit damit begründet, daß die Rüstungsindustrie auch die Arbeit der Jugendlichen restlos brauche. Sie braucht die Arbeit der Jugendlichen wohl sehr notwendig, aber diese können ihr auch ebenso vorteilhaft dienen als Lehrlinge in den Betrieben, während die Arbeit des ungelerten Arbeiters in der Kriegszeit durch Frauen, Mädchen und Hilfsdienstpflichtige ausgeführt werden kann. Der Mangel an gelernten Facharbeitern hat das Kriegsministerium veranlaßt, von den Stellvertretenden Generalkommandos überall darauf hinweisen zu lassen, wie dringend notwendig eine Stärkung der Zahl der gelernten Facharbeiter in den wichtigsten Berufen ist. Aber diese Hinweise waren bisher ergebnislos, sie bewirkten eher das Gegenteil, denn sie erweckten dadurch, daß der Lehrling in unmittelbarer Zusammenarbeit mit den geeigneten Fachleuten in den Industriebetrieben möglichst sofort an deren Hochleistung teilnehmen soll, die Befürchtung, daß die als „Lehrlinge“ gegen eine Vergütung aufgenommenen jungen Leute in Wirklichkeit nur maskierte „jugendliche Arbeiter“ werden sollten. Es darf wohl bezweifelt werden, ob es volkswirtschaftlich richtig ist, die Lehrstellenvermittlung ganz besonders auf die kriegswichtigen Berufe einzustellen und alle anderen Berufe ganz zu vernachlässigen. Im neuen Deutschland muß oberster Grundsatz sein, unsere gesamte Jugend, soweit irgend möglich, zu einem welt- und volkswirtschaftlich wichtigen Berufe sachgemäß heranzubilden, damit wir den Wettbewerb mit anderen Völkern bestehen können. Der Bedarf an ungelerten Arbeitern wird zu jeder Zeit hinreichend gedeckt durch ungeordnete, körperlich und geistig niedrigstehende Arbeitskräfte, Halb- und Ganzinvaliden und alle jene, die aus irgendwelchen Gründen in einem gelernten Berufe Schiffbruch erlitten haben. Im übrigen muß aber angestrebt werden, den jungen Nachwuchs einem gelernten Berufe zuzuführen.

Für das spätere Fortkommen bietet der gelernte Beruf in Handwerk und Industrie die beste Gewähr. Es kann deshalb den Eltern und Vormündern nur dringend empfohlen werden, insofern sich für einen Jungen die Möglichkeit einer gediegenen Lehre bietet, diesen ein



Handwerk gründlich erlernen zu lassen. Dazu ist es auch noch Zeit, wenn der Junge schon einige Zeit als ungelerner Arbeiter gearbeitet hat. Das Handwerk hat immer noch goldenen Boden für alle diejenigen, die sowohl technisch als wirtschaftlich den Anforderungen des Berufes voll gerecht werden. Hier hat der Tüchtige stets freie Bahn. Fast jeder Handwerksberuf ist so vielseitig, daß jeder sich darin ausleben kann nach seinen besonderen Fähigkeiten. Für berufliche und fachliche Bildungsmöglichkeiten für das Handwerk ist reichstens gesorgt durch das gewerbliche Fortbildungs- und Fachschulwesen, das heute in der Berufserziehung eine mächtige Bedeutung erlangt hat. Bei der Wahl eines Handwerksberufes muß ausschlaggebend sein die Neigung, die nicht zuletzt abhängig ist von dem, was der Junge selbst gesehen und erfahren hat. Man gebe den Jungen möglichst frühzeitig Gelegenheit, Einblick zu nehmen in die Arbeiten des Handwerkers, um die Interessen zu wecken. Dem Handfertigkeitunterricht in den Großstädten muß mehr Beachtung geschenkt werden; denn neben andern Vorteilen wird durch eine solche Betätigung die Neigung zu dem Handwerksberuf erweckt und gefördert.

Neben der Neigung ist wichtig die körperliche Leistungsfähigkeit, die für einen Beruf erforderlich ist, die vorhandenen Mittel für das Vorwärtkommen und die wirtschaftliche Bedeutung des Berufs. Manche Berufe werden in unserer Zeit auffallend bevorzugt, besonders rechnen hierzu die Berufe für Metallbearbeitung. Wohl ist in diesen Gewerben die Nachfrage eine bedeutende, aber das Vorwärtkommen entspricht nicht der Nachfrage. Gerade in diesen Berufen fehlt der junge Gehilfe, besonders wenn er nur eine einseitige Ausbildung genossen hat, sehr bald zum Fabrikarbeiter herab. Die Wahl der Lehrwerkstätte ist von ungeheurer Wichtigkeit und nicht zuletzt die Möglichkeit, daß der Junge während seiner Lehrzeit eine gute gewerbliche Schule besuchen kann.

Für viele Berufe ist die Erlernung eines Handwerks Vorbedingung. Man denke an Werkführer, Werkmeister, Techniker, Bedienstete bei der Eisenbahnverwaltung, Kunstgewerber u. a. Dem Befähigten, der eine gute praktische und theoretische Ausbildung genossen hat, bieten sich fast unbegrenzte Möglichkeiten für sein Fortkommen.

Ausschlaggebend für Eltern und Vormünder bei der Berufswahl darf aber nicht nur die wirtschaftliche Seite sein, sondern auch der erzieherische Einfluß der Berufsbildung auf den jungen Menschen. Allgemein klagt man heute über die Verrohung der heranwachsenden Jugend und über die Verwilderung der Sitten. Viele ist zum erheblichen Teile auf die Ungebundenheit der Lebensführung zurückzuführen, die sich der jugendliche Arbeiter heute angeeignet hat dank der Mittel, die ihm durch seinen unverhältnismäßig hohen Verdienst zu Gebote stehen. Alle Mittel, hiergegen einzuschreiten, sei es durch Zwangsparzellen und Sonstiges, haben versagt, sofern die väterliche Zucht oder die elterliche Gewalt sich als zu schwach erweist. Auch hierin bietet eine gute Handwerkslehre die beste Behütung, wo der Junge nicht nur unter der elterlichen Gewalt, sondern auch in der Zucht des Lehrmeisters steht, der sich nicht nur darüber verantwortlich fühlt, daß der Junge etwas lernt, sondern daß er auch zu einem ordentlichen Menschen herangebildet wird. Daß Schäden und Auswüchse in der Handwerkslehre bestehen, ist bekannt, aber mit diesen Schäden und Auswüchsen wird schon im Interesse des Handwerks baldigt ausgeräumt werden müssen, und auch die Handwerkslehre muß und wird dem Lehrling eine solche Stellung im Gemeinschaftsleben schaffen, daß sie auch von Söhnen besser gestellter Familien begierlich wird.

Aber nicht bloß unsere Söhne müssen heute einem Berufe zugeführt werden, nein, auch viele Mädchen müssen sich heute einer Berufs-

wahl unterziehen. Für diese gilt im wesentlichen daselbe. Neben den vielen Berufen, die der Frau allein zufallen, sind auch viele Handwerksberufe der Frau erschlossen. Darüber berichten wir demnächst in einem besonderen Aufsatze.

Ihr Eltern und Vormünder! Auf Euch liegt eine schwere Verantwortung in der Berufswahl Eurer Kinder. Laßt Euch nicht bestimmen allein von Augenblicksorgen und von augenblicklichen Verhältnissen, habt nicht Euren augenblicklichen Vorteil dabei im Auge, sondern den bleibenden Vorteil Eurer Kinder, die Euch zeitlebens dafür danken werden.

Mögen alle, die zur Berufsberatung berufen sind, sich im Interesse unserer wirtschaftlichen Entwicklung und zum Wohle des heranwachsenden Geschlechtes dieser wichtigen Aufgabe mit Verständnis unterziehen.

### Zur Uebergangswirtschaft.

Der Mittelrheinische Fabrikanten-Verein und die Süddeutsche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller erörtern die Fragen der Uebergangswirtschaft als mitentscheidend für unsere künftige wirtschaftliche Entwicklung. Da diese bis her in der Daurtsache auf dem Boden der Einzelkräfte des Volkslebens und ihrer freien Vereinigungen aufgebaut und auf diesem Wege die gewaltige Leistungsfähigkeit gesetzt hat, die uns zum Ueberstehen des jetzigen Krieges befähigte, so muß auch die künftige Entwicklung ungeachtet der Beseitigung vorhandener Schäden und Auswüchse auf dieser Grundlage gesucht werden. Daher ist anzustreben, daß der Industrie und dem Handel baldmöglichst diejenige Bewegungsfreiheit wiedergegeben wird, deren sie zur Entfaltung ihrer Kräfte bedürfen. Es dürfen für die Uebergangswirtschaft nur diejenigen Beschränkungen und nur für die unbedingt notwendige Zeit vorgenommen werden, die sich aus dem Zwang der Verhältnisse insbesondere aus der Knappheit an Rohstoffen und Nahrungsmitteln sowie an Zahlungsmitteln und Frachtraum und aus der Pflicht, die durch den Krieg geschädigten mittleren und kleinen Erzeugern zu schützen, ergeben. Bei den hierdurch notwendigen Maßnahmen sind Industrie und Handel in weitgehendem Maße zur Mitwirkung und Selbstverwaltung heranzuziehen.

Gebilde, wie Zwangssyndikate, die die künftige Entwicklung der Volkswirtschaft auf eine bestimmte Richtung festlegen, den Wettbewerb und die Selbstbestimmung der Unternehmungen stark einschränken und die Wettbewerbsfähigkeit im Ausland gefährden, sind abzulehnen. Dagegen ist einer monopolistischen Ausnutzung der Rohstoffe namentlich im Interesse der mittleren und kleineren Betriebe entgegenzuwirken und es sind alle Maßnahmen zu fördern, nötigenfalls mit Staatshilfe, die eine wirtschaftlichere Ausnutzung von Materialien und Arbeitskräften als sie bisher stattfand, herbeizuführen geeignet sind.

Auf keinen Fall dürfen Fragen der Organisation der Volkswirtschaft mit der Steuerpolitik verknüpft werden. Die gewaltigen Lasten, die nach dem Krieg aufgebracht werden müssen, sind keinesfalls einseitig zu verteilen, es muß vielmehr zur Vermeidung einer einseitigen Belastung und mit Rücksicht auf die allen Steuerarten anhaftenden Mängel die Ausbringung durch eine möglichst vielseitige Abgabenerhebung erfolgen unter gleichmäßiger Heranziehung der Erwerbsstände. Dabei sind solche Belastungen zu vermeiden, die die Produktion als solche und die freie Bewegung hemmen.

Die größte Zurückhaltung ist Staatsmonopolen gegenüber am Platz, die die Abhängigkeiten vom Staat und seinen Organen vermehren, die freien Produktiv- und Steuerkräfte schwächen und erfahrungsgemäß eine teure Verwaltung erfordern.

Da die Wiedererlangung des früheren Volkswirtschaftsstandes angestrengte Arbeit aller Volksteile erfordert, so ist in dem Aufbau der Staats- und Gemeindeverwaltungen, der öffentlichen Einrichtungen und der privaten Unternehmungen bei ausreichender Entlohnung der Arbeitsleistungen Wirtschaftlichkeit und Einfachheit geboten und bei aller notwendigen Fürsorge für Leben und Gesundheit der Bevölkerung namentlich der heranwachsenden Jugend und der Frauen das Verlangen nach neuen Gesetzen und Eingriffen auf dem Gebiet der Sozialpolitik zurückzustellen. Die während des Krieges auf Grund des Hilfsdienstgesetzes geschaffenen Schlichtungsausschüsse sind als Schlichtungsstellen nach dem Friedensschluß möglichst bald zu beseitigen, da sie für das Arbeitsverhältnis nicht als ersprißlich anzusehen sind und da die bestehenden Einrichtungen der Gewerbe- und Kaufmanns-Gerichte zur Erledigung von Streitfällen vollständig ausreichen.

Den Kriegsbeschädigten und den Hinterbliebenen ist eine ausreichende Fürsorge zuzuwenden, die für erstere vor allem die Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit und die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit im Auge haben muß. Ferner ist der Schaffung ausreichender und gesunder Wohnungen alle Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Bei der Demobilisierung ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß dieselbe nicht nur nach militärischen, sondern auch nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten stattfindet in der Art, daß die für den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens wichtigsten Arbeitskräfte zuerst entlassen werden, und daß die Wiedereinstellung der Arbeiter in ihre alten Betriebe Zug um Zug mit der Möglichkeit der Beschäftigung erfolgt. Militärverwaltung, Industrieverbände und Arbeitsnachweise der verschiedenen Art müssen hier zusammenwirken.

Bei allen wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen ist schließlich nicht von Theorie und Parteibestreben, sondern lediglich davon auszugehen, wie nützt man am besten der deutschen Volkswirtschaft und dem deutschen Vaterlande.

### Lehrlingsfrage und hilfsdienstgesetz.

Von einem Schlichtungsausschuß war in einem bestimmten Falle eine Entscheidung dahin getroffen worden, daß ein Lehrling nach Ablauf seiner Lehrzeit ohne weiteres aus dem Betriebe ausscheiden könne. Der Lehrherr hätte also kein Recht zu verlangen, daß der Lehrling als Gehilfe weiter bei ihm arbeiten muß. Auch von den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten wurden Abmachungen, durch die sich der Lehrherr bei Abschluß des Lehrvertrages das Verbleiben des Lehrlings über die Vertragszeit hinaus zusichern lasse, regelmäßig als gegen die guten Sitten verstößend erklärt.

In den „Amtlichen Mitteilungen und Nachrichten“ des Kriegsamts Nr. 38 wird diese Auffassung wie folgt bekämpft: Wohl erreicht nach den allgemeinen Grundbüssen über Dienstverträge, wozu auch die Lehrverträge gehören, nach § 620 des Bürgerlichen Gesetzbuches das Lehrverhältnis mit dem Ablauf der Lehrzeit sein Ende. Mit dieser rein bürgerlichen rechtlichen Seite der Angelegenheit hat aber die Frage, ob der bisherige Lehrling „die Beschäftigung“ bei seinem Arbeitgeber im Sinne des Hilfsdienstgesetzes (vergl. § 9 daselbst) „aufgeben“ darf, nichts zu tun. Der Lehrling kommt hier als gewerblicher Arbeiter im Sinne von Titel VII der Gewerbeordnung, also als Arbeitnehmer im Sinne des Hilfsdienstgesetzes, in Betracht. Der Arbeitnehmer darf aber nach den Vorschriften des Hilfsdienstgesetzes nur ausscheiden (mit Abkürzung), wenn ein wichtiger Grund im Sinne des § 9 Abs. 2, 3 des Hilfsdienstgesetzes vorliegt. Der bloße Umstand, daß das Lehrverhältnis sein Ende erreicht hat, stellt für sich allein einen wichtigen Grund nicht dar. Doch wird dem Lehrling in der Regel nicht zugemutet werden



können, zu denselben Arbeitsbedingungen, die für ihn als Lehrling bestanden, bei seinem alten Lehrherrn zu bleiben. Vielmehr wird der Arbeitgeber dem nunmehrigen Gehilfen eine angemessene, der Beendigung der Lehrzeit entsprechende Stellung gewähren müssen. Entziehen indessen dem Arbeitnehmer, wenn er bei seinem alten Lehrherrn bleibt, in der genannten Richtung keine nennenswerten Nachteile, so wird für ihn regelmäßig ein Grund zum Ausscheiden nicht gegeben und demgemäß der Abschiedsbrief zu verfallen sein.

## Spart Papier im Interesse des Vaterlandes!

**Beschränkung der Gewichte, der Formate, der Qualitäten, der Sorten, der Farben (zurzeit 11—1200 Papierforten).**

**Beschränkung des Einpackens von Gegenständen, die bereits in Schachteln, Paketen und dergleichen verpackt sind; Unterlassen des Bedruckens von Einpackpapier, dem nicht nur an Papier, sondern auch an Farben muß gespart werden! (Mangel an Oelen, Firnis usw.)**

**Im Detailverkauf verzichte auf kleine Packungen; allein in der Zigarettenindustrie können jährlich 60 000 Zentner Karton im Werte von vielen Millionen gespart werden!**

**Wiederverwendung der Briefumschläge im Verkehr zwischen Behörden, Firmen, Filialen und dergleichen, zwischen denen ein regelmäßiger Austausch von Schriftstücken stattfindet!**

**Einschränkung der Propaganda, Reklame, Inserate, Plakate, für Waren, die zurzeit nicht oder nur spärlich auf dem Markte sind!**

**Keine Weihnachts- und Lager-Kataloge! Keine Gratisbeigabe von Reklameartikeln aus Papier und Pappen (Kalenber und dergleichen)!**

**Im Geschäftsleben fortlaufende Belehrung des Personals über die Notwendigkeit der Papiersparnis!**

**Kampf gegen die gedankenlose Verwendung von großen Bogen für kurze Mitteilungen an Stelle von Memoranden, Postkarten usw. Keine sogenannten Respekt- oder Anhangblätter, auch nicht bei Eingaben an Behörden!**

**Keine Begleitbriefe zu Rechnungen, Auszügen, Debitaufstellungen, Verbandslisten und dergleichen!**

**Doppelseitiges Beschreiben der Briefblätter! Einzellige Schreibmaschinenschrift!**

**Einschränkung der „künstlerischen“ Briefköpfe, die oft mehr als ein Drittel bis zur Hälfte des Briefbogens einnehmen!**

**Kampf gegen die Verschwendung von Altkendeln, Briefordnern, Registerkarten usw.**

**Bei Banken keine Einzelbestellungen gleichzeitiger Gutschriften bzw. Belastungen; Verkleinerung der Quittungsformulare; Verkleinerung der Scheckformulare!**

**Bei Sitzungen Notizzettel statt Altkendeln!**

**Kampf gegen die sinnlose Papierverschwendung in der Rechtspflege, in der nahezu 50 Prozent Papier erspart werden könnten! Verkleinerung der Formate fast aller Rodrude für Bestandsaufnahmen, Statistik usw.**

**Keine dickleibigen Jahresberichte von Korporationen, Verbänden, Kammern, Gesellschaften, während der Kriegsdauer!**

**Sorgsamste Sammlung aller Altpapiere, alten Bücher, alten Papierbullen und Papierfädel**

**Mitteilungen des Kriegsmuseums der deutschen Industrie.**

## Neue Kriegsverordnungen.

**Wiederherstellung von Lebens- und Krankenversicherungen.**

Aus der Verordnung des Bundesrats vom 20. Dezember 1917 seien die für die Versicherungsnehmer wichtigen Bestimmungen hierunter mitgeteilt:

Sind die Rechte aus einer mit einem privaten Versicherungsunternehmen geschlossenen Lebens- oder Krankenversicherung nach dem 31. Juli 1914 erloschen oder gemindert, weil der Versicherungsnehmer seine Verpflichtung zur Beitragszahlung oder eine andere vertragsmäßige Obliegenheit infolge des Krieges nicht rechtzeitig erfüllt hat, so ist der Versicherungsnehmer berechtigt, nach Maßgabe dieser Verordnung die Wiederherstellung der Rechte aus der Versicherung zu verlangen. Die nicht rechtzeitige Erfüllung einer Zahlungspflicht gilt als durch den Krieg verursacht, wenn sie auf eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage des Versicherungsnehmers zurückzuführen ist.

Die allgemeinen Bestimmungen über die Voraussetzungen und den Umfang der Wiederherstellung stellt der Vorstand des Versicherungsunternehmens auf. Sie bedürfen der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Sind die Bestimmungen rechtzeitig genehmigt oder von der Aufsichtsbehörde selbst festgesetzt, dann hat das Versicherungsunternehmen dies in der für seine Bekanntmachungen vorgesehenen Form zu veröffentlichen.

Die Wiederherstellung muß bis zum Ablauf von sechs Monaten nach der Beendigung des Krieges beantragt werden. Wird die Genehmigung oder Festsetzung der Bestimmungen erst nach Beendigung des Krieges bekannt gemacht, so wird die Frist durch die Aufsichtsbehörde festgesetzt. Sie muß mindestens sechs Monate von der Bekanntmachung an betragen und ist bei dieser anzugeben. Für Versicherungsnehmer, die durch Kriegsverhältnisse an der Einhaltung der Frist verhindert worden sind, endet die Frist erst sechs Monate nach dem Wegfall des Hindernisses.

Der Antrag auf Wiederherstellung ist schriftlich unmittelbar an den Vorstand des Versicherungsunternehmens zu richten. Tritt nach der Abwendung des Antrags der Versicherungsfall ein, so bleibt das Recht auf Wiederherstellung unberührt. Erfüllt der Versicherungsnehmer nach der Wiederherstellung seine Obliegenheiten nicht, so kann er eine nachmalige Wiederherstellung nur verlangen, wenn die von dem Versicherungsunternehmen aufgestellten oder von der Aufsichtsbehörde festgesetzten allgemeinen Bestimmungen es vorsehen.

Kommt zwischen dem Versicherer und dem Versicherten eine Einigung über die Wiederherstellung der Versicherung nicht zustande, so hat das Amtsgericht, bei dem der Versicherte seinen allgemeinen Gerichtsstand hat, auf Antrag des Versicherten über die Wiederherstellung der Versicherung zu entscheiden. Gegen den Beschluß findet sofortige Beschwerde statt.

Die Vorschriften dieser Verordnung finden auf ausländische Versicherungsunternehmen, die im Inland das Versicherungsgeschäft durch Vermittler betreiben, inwieweit entsprechende Anwendung, als die Versicherungsverträge durch Bevollmächtigte im Inland geschlossen worden sind. Die Anträge auf Wiederherstellung sind an den für das Reich bestellten Hauptbevollmächtigten zu richten. Weiter gelten die Vorschriften dieser Verordnung auch für Versicherungen, die bei einer öffentlichen Versicherungskasse freiwillig genommen sind.

**Zusagen zur Invaliden- und Witwenrente.**

Ueber die Gewährung von Zulagen an Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Waisenrente aus der Invalidenversicherung, hat der Bundesrat nun Beschluß gefaßt.

Der wesentliche Inhalt der Verordnung ist folgender: Wer aus der Arbeiterversicherung eine Invalidenrente oder eine Krankenrente bezieht, also auf der Post eine Rentenuittung mit dem Buchstaben J (hellgrünes Papier) oder K (hellgelbes Papier) vorzeigen muß, erhält vom 1. Februar 1918 ab monatlich acht Mark Zulage. Personen, welche eine Witwen- oder Waisenrente erhalten, die beim Empfang ihrer Rente also eine Uittung mit dem Buchstaben W (dunkelgelbes Papier) oder WK (grünes Papier) vorweisen müssen, erhalten ebenfalls vom 1. Februar 1918 ab eine monatliche Zulage von vier Mark. Empfänger von Alters- und Waisenrenten erhalten keine Zulage.

Die Zulage wird ohne besondere Anweisung der Landesversicherungsanstalt oder der Kasse, von der er seine Rente bezieht, durch die Post ausbezahlt. Der Empfänger muß sich nur rechtzeitig eine besondere Uittung besorgen, die er bei der Stelle, die ihm die Bescheinigungen auf der Renten-

quittung erteilt, erhalten kann. Auch die Postanstalt wird Quittungsmuster bereit halten.

Die Zulage ist gleichzeitig mit der Rente zu erheben; die Zulage kann aber auch nachträglich gezahlt werden, jedoch werden nach dem 30. Juni 1919 gestellte Anträge auf Zahlung der Zulage für Monate des Jahres 1918 nicht mehr berücksichtigt.

## Kurze Mitteilungen.

**Einen zeitgemäßen Erlaß**

bringen wir nachstehend zum Abdruck:

Kriegsministerium.

Nr. 90/11. 17 A 1.

Berlin W. 66, den 10. Nov. 1917.

Leipziger Straße 5.

Jeder Einzelne im Volk trägt an der Not des Krieges, niemand soll die Last unnötig vergrößern. Das geschieht aber, wenn Dienststellen im Verkehr mit dem Publikum dem Geschäfteller nicht in schneller, höflicher Art helfen, sondern den Verkehr zur Quelle von Mißbilligungen und Mißstimmungen machen.

Wer so handelt, schädigt das Vaterland und zeigt, daß er seiner Aufgabe nicht gewachsen ist. Verlässlichkeit, die auch nach erfolgter Wehrung fortzudauern, ihren Mitmenschen das in dieser Zeit an sich schwere Dasein durch ihr Benehmen noch mehr zu erschweren, dürfen an diesen Stellen nicht gebildet werden. **geh. v. Stein.**

An das Königl. Oberkommando in den Marken, sämtliche Königlich Preussischen stellvertretenden Generalkommandos usw.

**Verpflichtung für Elektromotoren.**

Das Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt schreibt:

Vielach sind beschlagnahmte und meldepflichtige Elektromotoren beim Bumba R. III nicht angemeldet worden. Alle Elektromotoren mit einer Leistung von 2 PS an aufwärts, welche sich nicht dauernd in kriegswichtigen Betrieben in Verwendung befinden, sind auf amtlichen Meldevordrücken beim Bumba R. III anzumelden.

Von der Meldepflicht sind ausgenommen die in Fahrstühlen (Aufzügen) eingebauten Elektromotoren, sofern sich die Fahrstühle in Betrieb befinden, sowie Maschinen, die regelmäßig in einem Betriebe benutzt werden, der unter § 2 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst vom 5. Dezember 1916 fällt (Betriebe, die für Zwecke der Kriegsführung oder Volksernährung unmittelbar oder mittelbar Bedeutung haben).

Meldebare sind bei den Techn. Bezirksdienststellen oder beim Bumba R. III, Berlin W. 10, Kurfürstendamm 193/94, mittels Postkarte anzufordern.

**Anmeldung zum Warenumschlagstempel.**

Zur Vermeidung einer Selbstschädigung seien die Inhaber von Gewerbe- und von landwirtschaftlichen Betrieben darauf hingewiesen, daß der Anmeldung zum Warenumschlagstempel nur diejenigen Zahlungen, welche für gelieferte Waren eingegangen sind, unterliegen.

Den Warenlieferungen stehen aber Lieferungen aus Werkverträgen gleich, wenn der Unternehmer das Werk aus von ihm zu beschaffenden Stoffen herzustellen verpflichtet ist und es sich hierbei nicht bloß um Zutaten oder Nebensachen handelt. Ob sich der vom Unternehmer zur Ausführung des Werkes zu beschaffende Stoff als Zutaten oder Nebensache darstellt, richtet sich nach seinem Verhältnis zu dem übernommenen Werke.

Unter keinen Umständen aber unterliegen Leistungen aus Werkverträgen dem Warenumschlagstempel, wenn der Gegenstand des Werkvertrages lediglich ein durch Arbeit oder Dienstleistung herbeizuführender Erlös ist. Werden hierbei vom Unternehmer zu beschaffende Stoffe verbraucht, so gilt die Nebenleistung nicht als Warenlieferung.

**Dringlichkeitsbescheinigung für die Wagengestellung.**

Die Verkehrsbeteiligten werden hierdurch ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß Dringlichkeitsbescheinigungen für unmittelbare oder mittelbare Gütertransporte ausschließlich von der Kriegsanstalt Frankfurt a. M. auf dem hierfür besonders vorgesehenen Muster ausgestellt werden, wovon Abschrude bei der Kriegsanstalt zu haben sind. Dagegen sind während der bestehenden Gütersperre für Sendungen, deren Beförderung aus allgemeinen volkswirtschaftlichen Gründen dringend geboten erscheint, soweit es sich um unmittelbares oder mittelbares Kriegsgut handelt, Anträge auf Zulassung zur Beförderung durch Vorrage der Frachtbriele an die Linienkommandantur Mainz bzw. Frankfurt a. M., für anderes Gut in gleicher Weise an



die zuständigen Eisenbahndirektionen zu richten. Diesen Anträgen sind zweckmäßiger Weise Bescheinigungen der Handelskammer über die Notwendigkeit des Versandes beizufügen, die gleichfalls auf den Frachtbrieven angebracht werden. Die Dringlichkeit ist der Handelskammer durch entsprechende Unterlagen nachzuweisen.

Eine Schuhmacher-Verlegenossenschaft m.B., wurde in Mannheim von der Schuhmacherinnung ins Leben gerufen. Die neue Genossenschaft will nach Möglichkeit über die bestehenden Schwierigkeiten in der Ausbesserung und Instandsetzung des Schuhwerks hinweghelfen. Es ist die erste derartige auf der Selbsthilfe beruhende Gründung in Baden.

## Aus den Lokalvereinen.

### Niederstetterz.

In der am 9. Dezember 1917 stattgefundenen Versammlung des Gewerbevereins, die sehr zahlreich besucht war, hielt Herr Reallehrer Kahl aus Darmstadt einen fünfviertelstündigen Vortrag über „Den Aufbau des deutschen Wirtschaftslebens nach dem Kriege“. In seiner Einleitung bemerkte der Redner, daß der geistige Urheber des Weltkrieges England sei, das den deutschen Wettbewerbs auf wirtschaftlichem Gebiete fürchte. Neben dem militärischen Kampfe, in dem Deutschland seine Unbesiegbarkeit bewiesen habe, werde auch ein Wirtschaftskrieg geführt. Auch in diesem Kampfe habe Deutschland gezeigt, daß es, obwohl von aller Welt durch feindliche Blockade abgeschnitten, den Krieg dank seiner Organisation solange forsetzen könne, als es wolle oder müsse. Aber auch nach dem Kriege planen unsere Gegner einen Wirtschaftskrieg. Deutschlands Handel und Verkehr mit überseeischen Ländern sollen vernichtet werden. Bei Kriegsschluß müsse auch mit diesen Plänen aufgeräumt werden.

Nach dem Kriege würden große Aufgaben an uns herantreten. Die Kriegsindustrie, die jetzt allerdings glänzende Geschäfte mache, müsse nach dem Kriege wieder umgestellt und für die zurückkehrenden Krieger Verdienstmöglichkeiten geschaffen werden. Der Staat bzw. das Reich müsse dann der größte Arbeitgeber sein, damit keine Unzufriedenheit unter den heimkehrenden Kriegern, die danken ihr Leben für das Vaterland in die Schanze geschlagen hätten, Platz greife.

### Waldorf im Taunus.

Am 9. Dezember 1917 ließ der hiesige Gewerbeverein durch Herrn Gymnasiallehrer Kahl aus Darmstadt einen Vortrag halten über das Thema „Unter deutsches Wirtschaftsleben in und nach dem Kriege“. Der Saal des Gastwirts Schaub war überfüllt und gut besucht, auch von Frauen. Die Versammlung wurde durch den Vorsitzenden, Herrn Adolf Reichthum, durch eine kurze Ansprache und Begrüßung der Anwesenden eröffnet, darauf erteilte der Vorsitzende Herrn Gymnasiallehrer Kahl das Wort. Das gewählte Thema wurde nun durch den Redner unter überaus spannender Aufmerksamkeit ausgeführt. Nach diesem lehrreichen Vortrag wurde der Redner auf Wunsch einiger Mitglieder gebeten, eine kurze Erläuterung zu geben über den bargeldlosen Zahlungsverkehr und Herr Kahl kam dieser Anregung in dankenswerter Weise nach. Zum Schluß dankte der Vorsitzende dem Redner für seine dargebotenen Vorträge und wünschte, ihn zu einem baldigen Friedensvortrag einladen zu dürfen.

## Aus dem Leserkreis.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Zu dem Artikel „Urteile über das Lehr-Lingswesen“ in Nummer 1 muß ich bemerken, daß leider die angeführten Auslassungen der betr. Zeitschrift manches Wahre enthalten. Demgegenüber wird sich aber auch mancher Handwerksmeister dagegen verwahren, als Ausbeuter der Lehrlinge hingestellt zu werden, wie es allgemein von gewisser Seite geschieht.

Hier ist vor allem auseinanderzuhalten, Spezialbetrieb oder Handwerk. Da erlebt man, daß z. B. ein Meister, aus dessen Werkstätte nie ein brauchbarer Gefelle hervorgegangen, vielmehr die Lehrlinge nach beendeter Lehrzeit nur als Tagelöhner oder Hilfsarbeiter weitervergeeteten, jedes Jahr immer wieder starken Zugang hat, trotzdem noch vier und mehr Lehrlinge vorhanden sind.

Woher kommt das? Hier fehlt es an der nötigen Aufklärung der Eltern, Vormünder und Fürsorge, denen das unmißliche Kind anvertraut ist. Biefach ist auch der Junge selbst maßgebend. Er will bei

dem betr. Meister lernen, weil er von den bereits dort beschäftigten Jungen hört, daß kein Gefelle da ist und die Nacht sehr loder ist, da der Meister sich nicht so eingehend um den einzelnen kümmern kann. Nach meiner Ansicht ist dies der erste Punkt, die Eltern darauf hinzuweisen und zu beraten, damit zwischen diesen und dem Lehrmeister gegenseitiges Vertrauen herrscht.

Wenn der Fehler gemacht und der Lehrvertrag abgeschlossen ist, nachher schimpft man, schimpft in Gegenwart des Jungen auf den Meister, und es entsteht daraus Unlust und Verdruss.

Man beschüttelt auch von dieser Seite die Gesellenprüfung, leider in manchen Fällen mit Recht, hier ist es Aufgabe der Handwerkskammer, sich bei Auswahl der Prüfungsmeister besser zu informieren und wenn an dem betr. Platz kein geeigneter Meister vorhanden, einen auswärtigen zu bestellen, der dann als Beisitzer fungiert und der Kammer über den Vorgang berichtet.

Was die theoretische Ausbildung anbelangt, so kann ich behaupten, daß genügend geleistet wird, aber wertlos verpufft, wenn in der Werkstätte die Theorie ein ungekanntes Ding ist, aber das vom Meister sehr geringfügig geurteilt wird.

Hoffentlich äußern sich noch mehr Meister zu diesem Punkt und dürfte dies mit dazu beitragen, Besserung zu schaffen. D. F.

## Bücherbesprechungen.

Wichtige Sattlerarbeiten für Zivil- und Heeresbedarf behandelt in Wort und Bild ein soeben im Verlag des Fachblattes „Der Deutsche Tapezier- und Sattlermeister“ (Stuttgart) erschienenes Vorlagenwerk „Das Deutsche Sattlerhandwerk“. Diese Neuerscheinung ist eine zeitgemäße, der Sattlerpraxis und der Lederwarenindustrie angepaßte Veröffentlichung. Die mit guten Abbildungen versehenen Abhandlungen über Berechnung des Leders im Sattlergewerbe, über das Arbeitskummet, Kummethochformen und Maße, Reparieren des Treibriemens usw., werden als sachkundige Belehrungen nicht minder begrüßt werden als die auf 80 Tafeln wiedergegebenen mannigfachen Arbeiten für Zivil- und Heeresbedarf, ebenso die Erläuterungen zu allen diesen gezeigten Darstellungen, ferner die Maßangabe und die großen Schnittmusterbogen mit vielen Einreißlinien. Der Blick auf die großen Ansprüche, die in Kriegs- und Friedenszeiten an die Leistungsfähigkeit des Sattlers auf den verschiedenen Arbeitsgebieten gestellt werden, dürfen wir das schon ausgezeichnete neue Fachwerk „Das Deutsche Sattlerhandwerk“ (Preis in Mappe 18 Mk.) als nützliches Hilfsmittel für die Praxis willkommen heißen und es sei zur Anschaffung angelegentlich empfohlen.

## Handwerkskammer Wiesbaden.

### Bekanntmachung.

**Betr. Neue Vorschriften für die Lagerbücher und monatlichen Meldungen der Schuhwarenhändler.**

Nach einer Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle vom 22. Dezember 1917 ist deren Bekanntmachung vom 28. Februar 1917, betr. Führung eines Lagerbuches durch die Schuhwarenhändler mit dem 1. Januar 1918 aufgehoben. Die Schuhwarenhändler sind in Zukunft zur Führung eines Lagerbuches nicht mehr verpflichtet und haben die bisher geführten Lagerbücher mit dem 31. Dezember 1917 abzuschließen.

Vom 1. Januar ab müssen alle Eingänge von neuen Schuhwaren an den Hauptverteilungsausschuß des Schuhhandels in Berlin monatlich in vereinfachter Form gemeldet werden nach folgenden Vorschriften:

1. Für die Meldungen ist ein vom Hauptverteilungsausschuß des Schuhhandels angeordneter Vorbrud (Nr. 21) zu verwenden, den jeder Schuhhändler bei seiner Schuhhandelsgesellschaft beziehen kann.

2. Am ersten Werktag eines jeden Monats ist die Anmeldung sämtlicher Eingänge für den vergangenen Monat auszusprechen und zu senden an den Hauptverteilungsausschuß des Schuhhandels, Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 23.

Die erste Meldung ist demnach am 1. Februar 1918, über die Eingänge des Monats Januar 1918 zu erstatten.

3. Jeder Schuhhändler hat eine Abschrift der Anmeldung für sich zurückzubehalten und geordnet aufzubewahren.

4. Die Anmeldung umfaßt nur die eingegangenen Waren.

Bezahlte Waren, die noch nicht eingegangen sind, sollen erst im Eingangsmonat aufgeführt werden.

5. Die Waren sind nicht zum Rechnungsbetrage, sondern zum Gestehungspreise aufzunehmen, da der Gestehungspreis die Grundlage für die Zuteilung bildet.

Wiesbaden, den 2. Januar 1918.

Die Handwerkskammer:

Der Vorsitzende:  
Carstens.

Der Syndikus:  
Schroeder.

### Auszug aus dem Protokoll

über die 194. Vorstandssitzung der Handwerkskammer zu Wiesbaden am 21. Dezember 1917.

Anwesend: Der stellv. Vorsitzende, Herr Buch Frankfurt a. M.; die Vorstandsmitglieder Herren Jeger-Falkenstein, Hantke-Frankfurt a. M., Banke Wiedenlopp, Müller-Gins a. d. L., Meier-Wiesbaden, sowie der Syndikus der Kammer, Schroeder-Wiesbaden.

1. Das Protokoll der letzten Sitzung wird genehmigt.
2. Das Protokoll der 26. Vollversammlung wird nach Vorlage festgestellt. Eine Ausfertigung war vorher jedem Vorstandsmitglied zugestellt worden.
3. Aus dem Geschäftsbericht des Syndikus ist hervorzuhellen:

- a) Auf Grund des Hilfsdienstgesetzes sind in den letzten Wochen bezüglich Zusammenlegung von Betrieben, an die Einberufungsausschüsse in rund 2000 Fällen Gutachten erstattet worden. Bei Bearbeitung der Kreise Höchst a. M. und Oberhausen, hat Herr Jeger sich besonders verdient gemacht, wofür ihm Dank und Anerkennung ausgesprochen wird.
- b) Der Vorstand nimmt Kenntnis von dem neuesten Erlaß des Reichsanhalts des Innern betr. Betriebszusammenlegung und von der bezüglichen Eingabe der Kammer an diese Stelle.
- c) Ebenso von den bisherigen Verhandlungen der der Preußenkammern bezüglich der Reform des Herrenhauses, sowie von einem bezüglichen Schreiben des Verbands der Elektrotechnischen Installationsfirmen Deutschlands.
- d) Die Kommission für die Krankenkasse selbständiger Handwerker wurde inzwischen ergänzt und wird Anfangs Januar einberufen werden.
- e) Es wird Kenntnis gegeben von der inzwischen erfolgten Errichtung der Vertrauensstelle für Sparmetalle in Frankfurt a. M. und Wiesbaden.
- f) Ebenso von dem Schreiben des Kriegswirtschaftsausschusses in Leipzig.
- g) Ebenso von dem Stand der Organisation des Unterrichts in der Verwendung von Ersatzsohlen.
- h) Ferner von dem Stand der Verhandlungen wegen Beitritts der Genossenschaften zu einem Revisionsverband.
- i) Der Vorstand genehmigt die Erklärung auf die Ansiedlung der Vesteilung des Herrn Schanz Frankfurt a. M. als öffentlicher Sachverständiger in Frankfurt a. M.
- k) Der Vorstand nimmt Kenntnis von dem Stande der Organisation der Möbelbeschaffung und der Rohstoffversorgung.

4. Die Revisionsstätigkeit im Bugmacherinnengerbe soll bis auf weiteres nicht weitergeführt werden, da über die Entschädigung kein Einverständnis erzielt wurde.

5. Auf Anregung des Kammertages sollen weitere zehn Exemplare des deutschen Handwerksblatts bestellt werden. Sie gehen an die stellv. Vorstandsmitglieder mit sieben, während die Zuteilung von drei der Geschäftsstelle überlassen wird.

6. Betr. Vorbereitungslehre für Uhrmacher soll zunächst die Entwicklung der Sache bei der Handwerkskammer München abgewartet werden. Der Vorstand sieht der Sache wohlwollend gegenüber.

7. Wegen Forderung einer Kriegsentchädigung für das Handwerk wird Kenntnis genommen von dem Schreiben des Kammertages vom 17. Dezember und beschlossen, die Sache weiter zu fördern. Von einem Schreiben des Kammertages vom 17. November betr. Darlehensgemeinschaft für das Lack- und Farben-gewerbe, wird Kenntnis genommen. Es soll vorerst nichts geschehen.

8. Betr. Zuziehung der Fachlehrer zu den Prüfungen. Auf einen bezüglichen Antrag des Hauptausschusses der Frankfurter Handwerksverbände, hält der Vorstand seinen früheren Standpunkt aufrecht, wonach es den Prüfungsausschüssen überlassen ist, die Fachlehrer zuzuziehen.

9. Auf Anfrage des Kammertages soll für die Versorgung der Dachbeder und der Schornsteinfeger mit guten Lederföhlen zum Befleigen der Dächer eingetreten werden.

Für die Richtigkeit des Auszugs:

Der Syndikus der Handwerkskammer.  
Schroeder.